presse

# Einführung handelbarer Fischereirechte gefährdet Familienbetriebe

Anlässlich der Veröffentlichung des Vorschlages zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik durch die Europäische Kommission erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Holger Ortel:

In Deutschland liegt die Fischerei in der Hand vieler kleiner Familienbetriebe, die gegenüber finanzstarken Betrieben aus anderen Mitgliedstaaten im Nachteil wären. Deshalb spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion gegen die Einführung handelbarer Fischereirechte aus, erklärt Holger Ortel.

Kern des Vorschlags ist die zwingende Einführung handelbarer Fischereirechte. Dies gefährdet die Familienbetriebe der Fischer in Deutschland. Der Handel mit Fischereirechten (Quoten) ist in Deutschland verboten. Lediglich der Tausch ist erlaubt.

In Deutschland liegt die Fischerei in der Hand vieler kleiner Familienbetriebe, die gegenüber finanzstarken Betrieben aus anderen Mitgliedstaaten im Nachteil wären. Deshalb spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion gegen die Einführung handelbarer Fischereirechte aus.

Hauptproblem der europäischen Fischereipolitik sind und bleiben aber die zu großen Flotten einiger Mitgliedstaaten. Durch die Einführung handelbarer Rechte wird diesen Flotten die Möglichkeiten gegeben, sich mehr Quote zu kaufen,

**IMPRESSUM**
**HERAUSGEBER** THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
**TELEFON** (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
**E-MAIL** PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

anstatt ihre Flotten auf das angemessene Maß ihrer Fischereirechte zu verkleinern.

Handelbare Fischereirechte lösen kein einziges Problem der Fischerei. Die großen Fangflotten werden zulasten der kleinen Familienbetriebe gefördert. Die europäische Fischereikommissarin Maria Damanaki hat die Chance zu einem Abbau der zu großen Flotten einiger Mitgliedsstaaten vertan.